Nr. 52 20. November 1969 10 Pf

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung

universität bochum und klinikum essen

Personal-„Politik" an der Ruhr-Uni

- 2. Teil: Das Unergründliche in ROI Gründel -

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen — es geht hier nicht um den Zeitgenossen Gründel, der seinem Broterwerb im Dienste der Ruhr-Unversität nachgeht. Es geht um den Regierungsoberinspektor Gründel als Sachbearbeiter der Personal-Abteilung, der verantwortlich ist für die Einstellung von Arbeitern und Angestellten der RUB, der aber auch verantwortlich ist für Fehlleistungen, die, bisher nur in Einzelfällen über den engen Rahmen seines Ressorts hinaus bekannt, jetzt mehr und mehr in der universitären Öffentlichkeit diskutiert werden.

Viele Einzelvorgänge, die bisher offenbar mit viel Wohlwollen seitens der Verwaltungsspitze übersehen, von den Betroffenen selbst oft nur mit Zähneknirschen hingenommen wurden, ergeben in ihrer Summe die Schlußfolgerung, daß schwerwiegende Störungen im technischen und Verwaltungsbereich der RUB zu erwarten sind, falls nicht bald die notwendigen Konsequenzen aus der Erkenntnis gezogen werden, daß ROI (wie engl.: roy auszusprechen!) Gründel seiner Aufgabe als Personalsachbearbeiter nicht gewachsen ist.

Mit dem raschen Aufbau des Universitätsverwaltungsapparates ergab sich die Notwendigkeit, Beamte aus anderen Verwaltungsbereichen zu übernehmen, die den Erfordernissen einer neuen Universität ziemlich hilflos gegenüber standen.

Wie Verwaltungsdirektor Schmitz, der vorher als Amtmann beim Landesrechnungshof tätig war (mit ihm werden wir uns gelegentlich noch ausführlicher beschäftigen), kam ROI Gründel von einer anderen Dienststelle, die ihn nach vorliegenden Informationen nicht ungern scheiden sah.

ROI Gründel erscheint als ein **mixtum compositum**, als ein aus widerstrebenden, einer genauen Definition sich immer wieder entziehenden Elementen zusammengesetzes Wesen, dessen hervorragende Merkmale starkes berufsständisches Sonderbewußtsein, betonte Eigenmächtigkeit bei der Behandlung von Personalangelegenheiten, Formalismus verbunden mit mangelnder Beweglichkeit, damit wiederum verbunden Absinken der Initiative und der Leistungsfähigkeit, sind.

Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß der gravierende Personalfehlbestand im naturwissenschaftlich-technischen Bereich der RUB keineswegs nur auf die angespannte Lage am Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Eine unübersehbare Zahl von Bewerbern verzichtete nach einem ersten Gespräch mit ROI Gründel auf weitere Verhandlungen, um dann, wie in einigen Fällen bekannt, 12 km weiter bei der Uni Dortmund, also demselben Dienstherrn, zu wesentlich günstigeren finanziellen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen.

Diese Tatsache widerlegt die immer wieder vorgetragenen Behauptungen des ROI Gründel, BAT und MTL ließen eine bessere als die von ihm angebotene Bezahlung nicht zu.

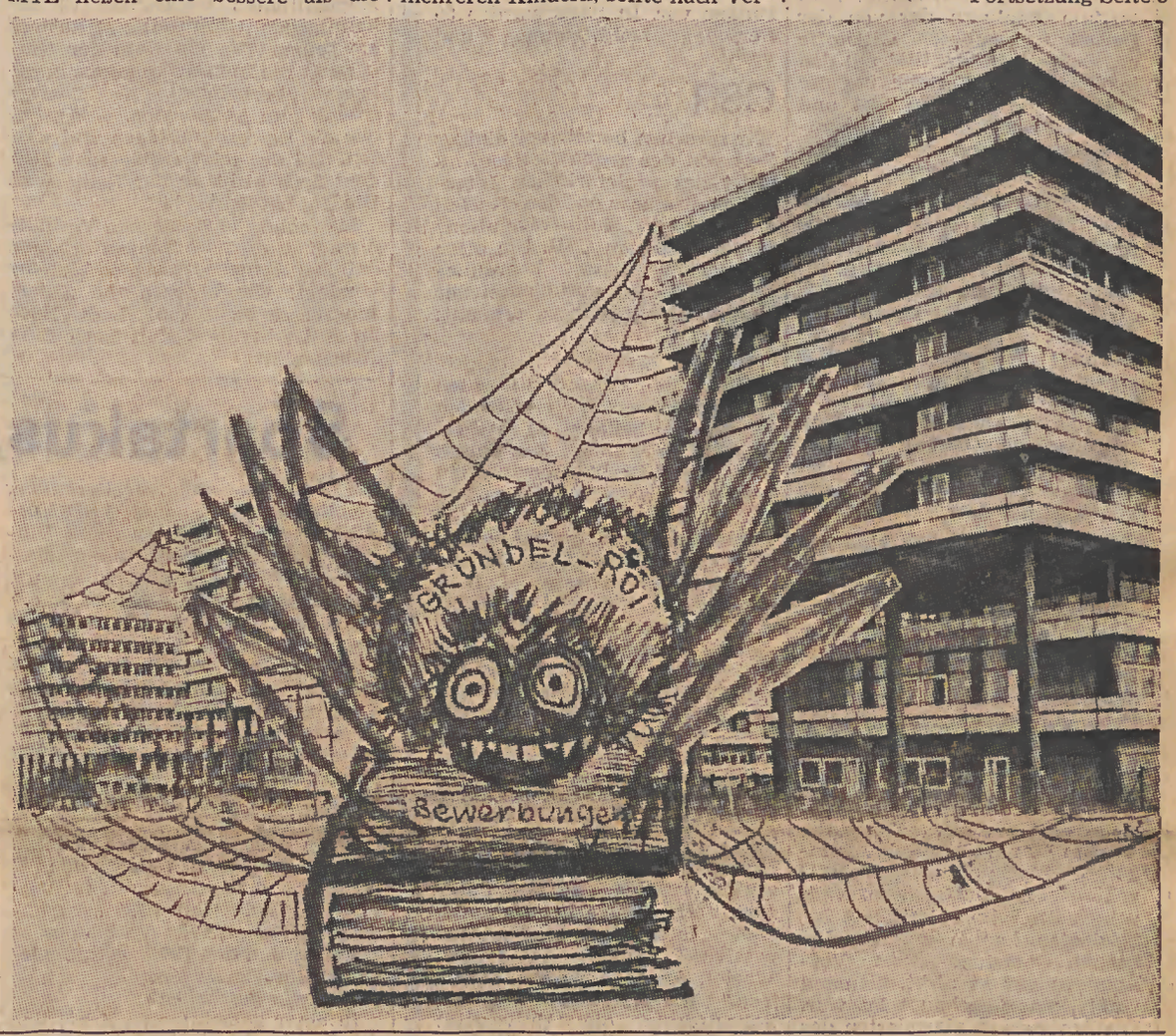
Es ist bekannt, daß er sich in Wirklichkeit häufig genug von sachfremden Erwägungen leiten läßt.

So verweigerte er die Einstellung von Feinmechanikern in eine ihrer Tätigkeit entsprechenden Lohngruppe mit der Bemerkung, eine gewisse Abstufung müsse schließlich sichergestellt sein. Der wahrscheinliche Grund: Feinmechaniker, die bereits in diesem Institut tätig waren, sind nicht ihrer Tätigkeit entsprechend eingruppiert und könnten evtl. Höhergruppierungsansprüche anmelden.

Eine Angestellte, Mutter von mehreren Kindern, sollte nach Vergütungsgruppe VIII BAT eingestellt werden, obwohl die anderen Angestellten mit vergleichbaren Tätigkeiten mindestens nach Vergütungsgruppe VII, meist aber nach Vergütungsgruppe VIb BAT bezahlt werden. Mit einer nahezu entwaffnenden Offenheit begründet ROI Gründel dies damit, daß eine Frau mit mehreren Kindern sonst ja doch nirgendwo Arbeit erhielte, man sie also hier „billiger einkaufen" könne.

ROI Gründel, dem die Personalnot im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich der RUB durchaus bekannt ist, läßt es zu, daß der Universitätshaushalt durch Inser-

Fortsetzung Seite 3



Kündigungen bei Brockmeyer

Konrad Brockmeyer, Bochums reichster und geschäftstüchtigster katholischer Buchhändler, der seine Konkurrenz mit Prozessen zu bedrohen beliebt, hat es aufgrund guter Beziehungen geschafft, mit einer Filiale auf dem Uniforum vertreten zu sein (sog. „Losauswahl").

Diese Unibuchhandlung hat einen autoritär-patriarchalischen Charakter. Die Zustände dort erinnern stark ans frühkapitalistische Ausbeuter-Milieu. (Wir freuen uns schon auf die Enthüllungen des Landesrechnungshofs.) Lehrlinge erhalten eine höchst mangelhafte Ausbildung: sie werden von Beginn ihrer Lehre an den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Geschäftsleitung entsprechend überwiegend als Verkaufskraft eingesetzt. Eine Einweisung in die übrigen buchhändlerischen Aufgaben dagegen wie Bibliographieren, Katalogisieren, Bestellwesen hält der Geschäftsführer augenscheinlich für überflüssig. Hauptsache, die Kasse stimmt!

Der Angestellte ist der Willkür des Geschäftsführers ausgeliefert. Kein Recht auf Mitbestimmung, kein Recht auf selbständige Entscheidungen, auch nicht in den kleinsten Angelegenheiten wie z. B. Lagerbestellungen, Rechnungskäufe für bekannte Kunden, Gutscheinausstellung, Umtausch verdruckter Exemplare.

Ungenügende Bezahlung: willkürlich vergibt Herr Brockmeyer sen. die Höhe der Gehälter von Fall zu Fall, unabhängig von Leistungen, rein nach persönlicher Gunst: Es ist durchaus möglich, daß für dieselbe Leistung einer, der kräftiger auftrumpft, 900 DM, ein anderer hingegen nur 550 DM erhält.

Unbezahlte Überstunden im Semestergeschäft, die lediglich einmal jährlich durch eine lächerliche Pauschale vergütet werden, ebenfalls nach persönlichem Gutdünken: so kann es vorkommen, daß jemand für 50 geleistete Überstunden „bis zu" 100 DM erhält.

Lehrlinge und Angestellte lehnten sich im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten gegen dieses autoritär-kapitalistische Regiment auf. Sie suchten ihre Interessen durch die Forderung nach einem Betriebsrat zu verwirklichen und schlossen sich der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) an.

Ihre Forderungen: Mitbestimmung des Betriebsrats in Fragen der Lehrlingsausbildung, der Arbeitsplatzvergabe, der Gehälter und Sozialleistungen, der Arbeitszeit (angemessene Überstundenvergütung) sowie des Schutzes vor Repressalien der Geschäftsführung.

Derartige Repressalien, ohnehin an der Tagesordnung, ließen denn auch in diesem Fall nicht lange auf sich warten.

Angestellte und Lehrlinge, die die Wahl eines Betriebsrates gefordert hatten, wurden in einem Hinterzimmer vom Geschäftsführer Fritze und einer älteren Verwaltungskraft, Frau Kallenbach, die sich dabei über Gegenstände ausließ, von denen sie keine Ahnung hat, in die Mangel genommen. Bemängelt wurden u. a. die langen Haare eines Mitarbeiters. Die Forderung nach einem Betriebsrat seitens eines inzwischen entlassenen Buchhändlers wurde als „schmutziges Erbe" dargestellt, das nur zur Manipulierung der jüngeren Lehrlinge diene usf.

Trotz alledem betonte kurz darauf der Inhaber der Buchhandlung, Herr Brockmeyer, auf einer von ihm einberufenen Betriebsversammlung, auf der er dem Druck seiner Angestellten zuvorkommen wollte, er sei „grundsätzlich" nicht gegen einen Betriebsrat eingestellt. Er erbot sich, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, bat lediglich darum, das Semestergeschäft abzuwarten, um dann die Wahl einzuleiten.

Das Semestergeschäft ist seit Wochen beendet. Von seiten der Geschäftsleitung ist nichts zur Verwirklichung unternommen worden. Ja, als ihn ein Angestellter daran zu erinnern wagte, war der Herr Brockmeyer nicht zu sprechen. Er ließ sich verleugnen.

Dafür aber war die Geschäftsleitung in anderer Hinsicht äußerst rege: sämtliche Angestellten, die nach einem Betriebsrat verlangt hatten, sind gekündigt worden oder ihnen wurde die Kündigung nahegelegt, so daß sie von sich aus kündigten. Betroffen davon sind eine Mitarbeiterin aus dem Hauptgeschäft in der Bochumer Innenstadt sowie vier Buchhändler aus der Uni-Filiale.

Die Kündigungen wurden teilweise durch ständige Provokationen der Geschäftsleitung (Herr Fritze: „Ziehen Sie doch Leine! Sie können ja gehen!") von den Angestellten selbst eingereicht oder sie erhielten die Mitteilung, zum Jahresende aus innerbetrieblichen Gründen entlassen zu sein.

Fritze zu einem Lehrling: „Wenn Sie sich in die Auseinandersetzungen zwischen Fräulein Görnandt und mir einmischen — Sie wissen schon, was ich meine —, ich warne Sie, ich warne Sie, das könnte böse für Sie enden!"

Fräulein Görnandt wurde wenig später entlassen. Jede Kollegialität wird auch auf solche Weise unterbunden, ja, wer sich kameradschaftlich verhält, wird so regelrecht bedroht!

Ein Mädchen wurde ausdrücklich als Englisch-Korrespondentin und Werbekraft eingestellt, sah jedoch von einer derartigen Tätigkeit in 6 Monaten drei Briefe, durfte statt dessen stundenlang Postschecks ausfüllen und Rechnungsbelege abheften. Als sie schließlich ihrem Unmut Ausdruck verlieh, hieß es, sie sei lediglich eingestellt, um der Frau Kallenbach zu helfen. Ihre Entgegnung „Wenn das so weitergeht, werde ich bald kündigen" wurde beim Wort genommen: Sie erhielt zum Jahresende die Kündigung. Als sie daraufhin eine Stunde freinehmen wollte, um sich beim Arbeitsamt nach einer anderen Stelle umzusehen, wurde riesiges Buhei gemacht, so ginge das ja nicht, sie müßte die Zeit nacharbeiten usw.

Bis auf einige Lehrlinge ist so die gesamte Belegschaft, die sich für einen Betriebsrat ausgesprochen hatte, gekündigt.

Fortsetzung Seite 2

wywizs
Schreibmaschinen Billige Sonderangebote
Bochum Südring 19

Dr. Seel und die Wissenschaft

- Dargestellt von der BSZ am Fall Dr. Wolf -

Dr. Seel

Als entscheidend in allen Fragen der Personalpolitik kristallisiert sich immer mehr die sich verselbständigende Universitätsbürokratie heraus. Jener wohlbekannte arrogant-näselnde Ton der wahren Regierenden, die jedwede Diskussion über Demokratisierungsbestrebungen offenbar als schmückend Beiwerk betrachten, richtet sich — von der breiten Uni-Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt — nun auch gegen Dozenten. Zumal, wenn diese, wie im folgenden Fall, offensichtlich nicht ganz so genehm sind wie weiland der liebe, gute, alte Wenke.

Ein uns nicht ganz unbekannter Professor Biedenkopf geißelt da nun im letzten SPIEGEL dessen gerade abgeschlossene Hochschulserie vermittels Leserbrief. Daß selbiger neben dem Namen auch den wohl nicht mehr ganz gerechtfertigten Titel „Rektor der Universität" als Unterschrift trägt, soll uns nicht weiter stören. (Vielleicht braucht er nur die alten Briefbögen auf.) Die Anreize für den begabten Nachwuchs, Hochschullehrer zu werden, schreibt Biedenkopf, verlören zunehmend an Wirkung. „Dies gilt nicht nur für die Stellung des Hochschullehrers im Gehaltsgefüge, sondern vor allem auch für die gesellschaftliche Attraktivität dieses Berufes." (SPIEGEL, Nr. 46, 1969, S. 18f.) Wie diese von universitärer Seite zu verstärkenden Anreize in der Bochumer Praxis aussehen, zeigt der Fall des Germanisten Dr. Siegmund A. Wolf, der in diesen Tagen die Abteilung V bewegt.

Als der bayerische Ministerpräsident Goppel am 30. 11. 1963 im Herkulessaal der Residenz in München Herrn Wolf den Ehrenpreis der Bayerischen Akademie der Wissenschaften überreichte, schüttelte er ihm die Hand mit dem Wunsch weiterer fruchtbarer Sprachforschung. Dasselbe tat der Dekan der Philosophischen Fakultät der FU Berlin, als er ihm ein Vierteljahr darauf die Würde eines Dr. phil. h. c. verlieh (zusammen mit Martin Luther King).

Würdigungen anderer Art behielt sich der nordrhein-westfälische Regierungsoberinspektor (schon wieder ein ROI) Lienkamp vor, seines Zeichens personalpolitisch die rechte Hand seines rechten Kanzlers Dr. jur. Seel. Am Nachmittag des 7. 11. 1969 mit dem nunmehrigen Privatdozenten Dr. Wolf in seinem Dienstzimmer verabredet, ließ Lienkamp sein Telefon für Anrufe von Dr. Wolf sperren und verschloß gar die Tür seines Zimmers — während der Dienststunden! Was war vorangegangen?

Dr. Wolf, seit drei Semestern in Bochum, war während der letzten Monate als „Wissenschaftlicher Angestellter" eingestuft worden: eine „Übergangslösung", wie ihm die Fakultät V ausdrücklich versichert hatte. Zur fachlichen Qualifikation Wolfs und zur Rolle der Fakultät während dieser drei Semester im Schwebezustand führen die Germanistik-Studenten einen Brief des Schweizer Nationalrates und Fachgermanisten Prof. Müller-Marzohl an den damaligen Dekan, Prof. Grosse, vom 25. 7. 68 an: „daß ein so verdienter und bekannter Sprachwissenschaftler wie Dr. Wolf... unter fadenscheinigsten Vorwänden vom Katheder ferngehalten wurde... da im Falle des Herrn Dr. Wolf nicht allein reines Nützlichkeitsdenken, sondern vor allem gewisse, in der trüben Vergangenheit der deutschen Universitäten von 1933—45 begründete Aspekte vorwalten müßten, erscheint mir Ihre Haltung nicht nur unverständlich, sondern sogar beängstigend symptomatisch für auflebende Tendenzen..." Kurz und eindeutig: Wolf wäre nach seiner von ihm gewünschten Anstellung per Individualvertrag, dessen Ausarbeitung von der Bürokratie Seel/Lienkamp seit 26. 6. 69 systematisch verschleppt und versäumt wurde, einer der wenigen Nicht-Arier unter Nordrhein-Westfalens Hochschullehrern!

Im folgenden die „Stationen" des Germanisten an der Ruhr-Universität. (Wolf hatte 1933 illegal das Reichsgebiet verlassen müssen und hat bisher — z. B. im Gegensatz zu einem gewissen Dr. Gerstenmaier — keine Wiedergutmachungsansprüche erhoben.)

19. 2. 69: Wolf habilitiert sich in Heidelberg, wird Privatdozent.

1. 4. 69: Umzug von Berlin ins Ruhrgebiet, aufgrund von Versprechungen.

26. 6. 69: Das Direktorium des Germanistischen Instituts spricht sich einstimmig für die Zuweisung einer dem Institut zustehenden H2-Stelle an Privatdozent Dr. Wolf aus. ROI Lienkamp erklärt sich mündlich bereit, unverzüglich an die Ausarbeitung eines Individual- oder Privatdienstvertrages zu gehen.

15. 10. 69: Nichts ist geschehen. Prof. Grosse schreibt an den Kultusminister: „Da Herr Privatdozent Dr. Wolf über die Grenzen des germanistischen Fachgebietes hinaus als Gelehrter in den Bereichen der Fachsprachen, der Semantik, der Sprachschichten und der

Fortsetzung Seite 2

Durst
löscht
man
mit
Schlegel

Studentenschaft -international

Frankreich

Eines der wichtigsten Ergebnisse des großen Mai-Juni-Streiks in Frankreich war das „Erwachen“ ganzer sozialer Gruppen, die zuvor wegen des auf sie ausgeübten pragmatischen Drucks „ruhig“ waren. Das gilt auch für die Studenten: die Mediziner, „carabins“ genannt, galten vor dem Mai als in der Mehrzahl konservativ oder jedenfalls fachidiotisch. Während der brutalen Repression der Demonstrationen in Paris jedoch wurden sie in die Bewegung hereingezogen: sie sahen ja mit eigenen Augen das Massaker, die verstümmelten Glieder, vernichteten Augen, abgerissenen Hände, die die große französische Demokratie vor ihren Kliniken produzierte. Bald gehörte eine Minderheit von Medizinstudenten zu den überzeugtesten Mitstreitern der revolutionären Bewegung: man fertigte Analysen der von der Polizei verwendeten Giftstoffe an, stellte ihre Identität mit den in Vietnam zur Verteidigung der Freiheit verwendeten fest und bildete Erste-Hilfe-Einsatzkommandos während der Barrikadenschlachten.

Die Mai-Bewegung wurde bekanntlich durch eine Farce, die Regierung und revisionistische „K“PF dem Volk vorspielten, beendet: Waldeck-Rochet rief: „Wir fordern das Blaue vom Himmel!“ — und Pompidou antwortete: „Wir geben euch das Blaue vom Himmel.“ So bekam man fürs erste Ruhe — aber die Folgen sind fatal. Denn nun beginnen überall die Geprellten zu fragen: „Na, wo ist denn nun endlich das Blaue vom Himmel? Her damit!“

Bei den Medizinern hieß das folgendes: man hatte ihnen versprochen, die unhaltbaren Zustände, besonders in Paris (Überfüllung, zehn Studenten an einem Kranken, nicht genug Lehrkräfte), zu verbessern: aus der damals einzigen Fakultät in Paris sollten — zehn gemacht werden, natürlich sofort. Es wurden einige Gebäude also zu „medizinischen Fakultäten“ gemacht, einige Krankenhäuser zu „Kliniken“ und einige Ärzte, die zu dem Mandarinenklub „Autonome Medizinergewerkschaft“ gehören, zu Professoren. Nun gab es also zehn Fakultäten. Die Studenten kamen an, standen herum, warteten — aber Vorlesungen gab es nicht, niemand wußte, was überhaupt los war. Die Professoren alarmierten das Ministerium. Das gab am 26. September einen Erlaß heraus. Darin wurde bestimmt, daß im Laufe des ersten Studienjahres alle „unbegabten“ Studenten, d. h. alle, für die kein Arbeitsplatz in den verfügbaren Kliniken existierte, ausgesiebt werden sollte. Vor Mai wär's vielleicht so gegangen, aber jetzt war die gute Zeit vorbei.

Ende Oktober begann der Streik in der Cochin-Fakultät Paris. Die Zeitungen schrieben: in den übrigen neun Fakultäten ist alles ruhig. Eine Woche später streikten alle Pariser Fakultäten. Die Zeitungen schrieben: in der Provinz ist alles ruhig. Eine Woche später streikten auch Bordeaux, Nancy, Nizza, Reims, Angers, Caen, Grenoble, Lille, Nantes, Lyon. Die Zeitungen könnten jetzt nur noch schreiben: in Deutschland ist alles ruhig. (A propos — wer weiß eigentlich, wie lange noch?)

Der jetzige Streik der Mediziner ist ein Signal: die Massen werden überall in Frankreich das Blaue vom Himmel einfordern, das ihnen als Ersatz für die sozialistische Revolution versprochen wurde. Beängstigt stellt die bourgeoise Presse fest, daß „Linksradikale und Gemäßigte bisher eine Einheitsfront bilden.“ Keine Sorge: eine solche Einheitsfront wird euch bald im ganzen Land gegenüberstehen, wenn die Waldeck-Rochets endgültig verjagt worden sind (an den medizinischen Fakultäten hatten die Revisionisten nie Einfluß). Die Medizinstudenten verstanden es, 90 Prozent (auch weitgehend der Lehrkräfte) zu solidarisieren und die Handvoll Mandarine der „Autonomen Medizinergewerkschaft“ maximal zu isolieren; sie verstanden es, durch eine Aufklärungskampagne unter der Bevölkerung die öffentliche Meinung für sich einzunehmen. Sie konnten auch Zahlen vorweisen: 106 400 Ärzte braucht Frankreich im Jahre 1980, nach den jetzigen Plänen würden es 87 000 sein — und mit dem Numerus clausus noch weniger. Natürlich wurde es den Parisern angst und bange, und ihre Angst vor „linksradikalen Agitatoren“ ging entsprechend zurück.

Zum Schluß können wir uns unsererseits nur beglückwünschen, daß bei uns im Gesundheitswesen ja gottseidank alles zum besten steht und in unseren Kliniken ideale Zustände herrschen, oder?

☆

In Paris, Nizza, Bordeaux und verschiedenen anderen französischen Städten nahm die Polizei Hausdurchsuchungen bei Vertretern linksgerichteter Gruppierungen vor. In Paris wurden 50 Personen festgenommen und verhört.

CSR

Wir sprachen bereits vor einiger Zeit von der gegenwärtigen, im Geist des proletarischen Internationalismus von den Russen angeleiteten „Kulturrevolution“ in der besetzten CSR. Um diese „Bewegung“ besser koordinieren zu können, wurde ein neuer Unterrichtsminister ernannt: Hrbeck.

Anfang November versuchte Hrbeck, die Prager Studenten mit den Ideen des Vorsitzenden Breschnjew bekannt zu machen. So erklärte er ihnen, Jan Palach sei von „Rechtsopportunisten verführt“ worden. Daraufhin wurde der Minister von den Studenten mit dem Ruf unterbrochen: „Palach ist für die Unabhängigkeit unseres Landes gestorben.“ Hrbeck versuchte, die Studenten zu beruhigen, er machte es nur ein wenig ungeschickt: er versprach, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, damit die Polizei nicht eingriffe, wenn noch einmal Blumen am Grabe Palachs niedergelegt würden. Daraufhin ging jedes weitere Wort Hrbecks in einem Pfeifkonzert unter. Der Kollaborateur verlor seine Maske von Freundlichkeit und schrie: „Ich muß feststellen, daß sich unter euch noch zuviele befinden, die dem Motto des sogenannten passiven Widerstands folgen. Wartet, das sage ich den Arbeitern.“ Während Hrbeck unter Polizeischutz die Universität verließ, riefen ihm die Studenten nach: „Das sagen wir schon selbst den Arbeitern!“

Es ist selbstverständlich nicht zu erwarten, daß die intellektuelle Jugend, die unter allen Deformationen des Novotny-Revisionismus heranwuchs, der die marxistisch-leninistische Alternative systematisch vorenthalten wurde, bereits jetzt eine klare politische Linie hätte, auf der die Befreiung vom sowjetischen Sozialimperialismus zu erreichen wäre. Es wird noch einer herben Reihe von Enttäuschungen und Desillusionen bedürfen: aber die Geschichte schreitet heute sehr schnell vorwärts. Die Tschechen und Slowaken haben inzwischen einige Lektionen erhalten: die SPD-Führung prostete sich am Jahrestag der Aggression in Moskau mit Breschnjew zu; Tito ließ einen Redakteur verurteilen, der noch das Wort „Okkupation“ benutzt hatte („wegen Beleidigung der Sowjetunion“); Coca Cola wurde nicht von Dubcek, sondern ausgerechnet von Husak in der CSR eingeführt...

Bei der allgemein schwierigen Lage der Imperialisten in West und Ost sowie ihren Lakaien, mögen sie nun Brandt oder Ulbricht heißen, läßt sich jedoch mit Sicherheit voraussagen, daß bereits in Kürze auch der letzte Bewohner der CSR, der wirklich die Befreiung seines Volkes vom Sozialimperialismus will, seine letzten Sympathien für die Brandts und Titos verlieren wird. Bereits heute gibt es nur noch zwei Radios, die voll und ganz den Widerstand gegen die neuen Zaren unterstützen: Peking und Tirana. Und zumindest Tirana kann man in Prag recht gut empfangen...

Numerus clausus

Ein abgewiesener Studienbewerber für Medizin klagte auf Anraten des AStA beim Verwaltungsgericht gegen die Universität.

Bei dem Verfahren stellte sich heraus, daß die Zulassungsprozedur äußerst schlampig gehandhabt wurde. Außerdem erfuhr das Gericht, daß in einer Senatssitzung sowohl verschiedene Dekane als auch der Rektor gesagt haben, daß zur Zeit keine genauen Kapazitätsberechnungen über die Anzahl der Arbeitsplätze gemacht werden und die Ordinarien in dieser Hinsicht nur dilettieren können.

Am 18. 11., als das Verwaltungsgericht schon entschieden hatte, aber noch keine Auskunft über das Urteil gab, überschlug sich die Uni-Bürokratie:

Justitiar Maruhn rief in der Nachbarschaft (!) des klagenden Kommilitonen an, damit dieser sich mit seinem Anwalt in Verbindung setze. Gleichzeitig ließ Maruhn den Anwalt wissen, daß der betreffende Student immatrikuliert werde, weil er der nächste auf der Liste sei und ein anderer Bewerber seinen Platz zur Verfügung gestellt habe. Der Anwalt sollte dies dem Kommilitonen telegrafisch (!) bekanntgeben. Gleichzeitig sollte noch am selben Tag ein Bote der Universität die Immatrikulationsunterlagen überbringen. — Gastgeschenk zum Abendessen. — Wir haben die Bewerbungslisten und wissen, daß der jetzt zugelassene Student noch nicht an der Reihe war. Die Uni hat Schiß! ! !

Man muß die steinernen Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt! Klagt gegen die Zulassungsbeschränkungen! Laßt Euch im AStA beraten! Holt Euch Eure Arbeitsplätze!

Wissenschaft – wozu denn noch?

Den Medizinstudenten steht eine neue Ausbildungsordnung bevor. Spätestens zum 15. April 1970 wird sie per Erlaß des Bundesgesundheitsministeriums in Kraft treten. Der technokratische Inhalt dieser „Reform“ überrascht nicht. War das Medizinstudium bisher schon stark verschult, so entsteht hier eine „Studien“form, die es noch nirgendwo gibt. Es ist ein Studientyp, der einen faktenspuckenden Fachidioten erzeugen wird. Und so soll es im einzelnen aussehen: Große Prüfungen (schriftlich) nach dem 1., 2., 3., 5. und 6. Studienjahr in insgesamt ca. 30 Studienfächern. Dazu kommen mündliche Prüfungen zum Abschluß jedes Praktikums.

Dieser enorme Prüfungsdruck wird dazu führen, daß sich der Student von Prüfung zu Prüfung hangelt, kurzfristig Faktenwissen ansammelt und ebensoschnell wieder vergißt. Die gewonnene Objektivität der schriftlichen Prüfungen geht wieder verloren durch die vorgeschalteten mündlichen Prüfungen der Praktika. Hier kann ein Professor auch weiterhin frei darüber befinden, ob ein Student ein ganzes Jahr verliert oder nicht; denn die Praktikascheine sind zur Zulassung für die einzelnen Abschlußprüfungen notwendig. Die Fakultäten werden demnächst von „Bummlern“ überquellen.

Die Teilnahme des Studenten am Wissenschaftsprozeß wird ganz abgeschafft. Bei der Überzahl der Fächer und Prüfungen bleibt während des Studiums keine Zeit zur Doktorarbeit. Sie garantiert heute dem Studenten wenigstens noch eine letzte Möglichkeit, an der Forschung teilzunehmen, wenn auch medizinische Doktorarbeiten nicht ohne Grund berühmt-berüchtigt sind.

Die Hauptkritik an der neuen Ordnung aber ist folgende: Es wurde versäumt, hier eine inhaltliche Neubestimmung der Ausbildung in kritischer Selbstreflexion vorzunehmen. Zwar werden neue Fächer wie Soziologie, med. Psychologie und Psychosomatik in die Ausbildung aufgenommen, aber ihnen kommt in der erdrückenden Übermacht der anderen Fächer höchstens eine Alibifunktion zu. Der rein somatische Krankheitsbegriff der Gesellschaft wird nicht in Frage gestellt, die psychische Seite des Patienten bleibt weiterhin dem „gesunden Menschenverstand“ des Arztes überlassen, ausgebildet wird er darin nicht. Hier werden engste Zusammenhänge zur Gesellschaft sichtbar, werden doch heute psychische Erkrankungen immer noch als „unanständig“ betrachtet und oftmals nicht als Krankheit anerkannt. Das führt dann in der Diagnose zu solchen medizinischen Schwammbegriffen wie „vegetative Dystonie“ u. a.

So hervorragend die Erfolge der naturwissenschaftlich-somatischen Medizin waren und sind, so notwendig ist eine Neubestimmung des Krankheitsbegriffs in unserer Gesellschaft. Die Approbationsordnung hätte einen Meilenstein dazu bilden können, sie degenerierte jedoch zur technokratischen Steigerung der Effizienz und Erhöhung des out-puts. Sie schließt den Studenten endgültig vom gesamten Wissenschaftsprozeß aus.

Der Kampf gegen diese „Reform“ muß aufgenommen werden.

Herbert Querfurt

BSZ-Leser antworten

(...)

Der Umlauf 107 setzt die Bediensteten der Bibliothek davon in Kenntnis, daß Mitarbeiter, die mit Hilfe eines ärztlichen Attestes einer ihnen zugewiesenen Tätigkeit ausweichen wollen, sowohl mit der Kündigung durch den Kanzler zu rechnen als auch „gegebenenfalls“ sich nach einer anderen Arbeit umzusehen haben. (Das müssen sie ja dann auch wohl!)

Man fragt sich wie schon so oft: Warum versteckt sich Herr Prof. Pflug wieder hinter dem Kanzler? Er ist doch der Chef, und er kann doch laut Gesetz die Kündigung bei ständigem Fehlen o. ä. veranlassen! Warum bei Auflehnung des Personals immer mit dem Kanzler oder der „bösen“ Verwaltung drohen? (Ob die beiden wirklich stets einer Meinung mit Herrn Prof. Pflug wären?)

Der wahre Sachverhalt ist doch ein ganz anderer. Er hängt mit dem „fehlenden Fingerspitzengefühl“ zusammen, das man besser mit Unfähigkeit zur Menschenführung bezeichnen sollte.

Ein Chef, der mündliche Abmachungen bei Bewerbungen als nicht bindend erachtet, braucht sich über Ärger hinterher nicht zu wundern. Ein Chef, der in verschiedenen Dienststellen sein Personal derart überfordert und als Lösung das Leistungssoll nur noch anzieht, braucht sich über Krankwerden nicht zu wundern. Ein Chef, der mit der kühlen Berechnung eines Schachspielers Entscheidungen fällt, braucht sich über das Gefühl der Unruhe und der Auflehnung unter dem Personal nicht zu wundern. Ein Chef, der so viel Unrecht tut, braucht sich über Zorn und Verbitterung nicht zu wundern.

Und doch stören ihn die Atteste! Es ist zwar nicht anzunehmen, daß die UB kränkeres Personal als andere Dienststellen hat, wohl aber mit Recht ist zu folgern, daß ein schlechtes Betriebsklima die Arbeitsbereitschaft, die Arbeitsfreude und den gesundheitlichen Leistungsstand einer ganzen Belegschaft beeinträchtigt. Ebenfalls ist es verständlich, wenn aus dem Gefühl der Ohnmacht heraus (Straf-) Versetzungen mit Hilfe von ärztlichen Attesten verhindert werden. Nur mit gesetzlichen Mitteln läßt sich Willkür stoppen. Aber nicht jeder ist gerne an die Grenzen des Gesetzes erinnert, von denen der Moral gar nicht erst zu reden.

Unter dem Machtmißbrauch eines Direktors leidet ein ganzer Betrieb. Dieser Umstand ist nicht nur in Bochum „universitätsbekannt“, sondern schon längst über den Universitätsbereich hinausgedrungen.

Mit der Bitte um Verständnis, daß der Brief leider anonym bleiben muß.

☆

Als Angestellter der Personalverwaltung der RUB kann ich Ihrem Herrn Winter, wer immer dies auch sein mag, nur sehr herzlich danken für den Bericht über die Personal-„politik“ der RUB, mit dem er fundierte Sachkenntnis beweist.

Es wäre allerdings wünschenswert gewesen, wenn er in diesem Bericht mehr Namen genannt hätte, damit wir als Angehörige dieser Personalabteilung von undifferenziert Denkenden nicht mit zu den Verantwortlichen gerechnet werden.

Ich darf einen der Verantwortlichen, der immer wieder durch unsachgemäße, falsche und irreführende Auskünfte unangenehm auffällt, namentlich benennen: Regierungsoberinspektor Gründel, verantwortlich für die Einstellung von Angestellten und Arbeitern, verantwortlich aber auch für eine Unzahl von Fehlentscheidungen bei Fragen aus dem Angestellten- und Arbeitsrecht — eine Erfahrung, die sehr viele Angestellte in der Uni bereits machen mußten.

ROI Gründel hat häufig genug durch seine penetrante Art der Besserwisserei selbst die Korrektur nachgewiesener Fehlentscheidungen zu verhindern gesucht.

Eine erhebliche Anzahl Stellenbewerber ließ es, abgeschreckt durch die überaus arrogante Art des ROI Gründel, bei diesem ersten Versuch bewenden und verzichtete auf eine Weiterführung der Verhandlungen. ROI Gründel ist einer der Hemmschuhe auf dem Wege zu einer effektiveren Verwaltung. Er sollte baldmöglichst durch einen qualifizierten Sachbearbeiter ersetzt werden. Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich aus Gründen der Selbsterhaltung meinen Namen nicht erwähne. Die vorstehenden Angaben können Ihre Redakteure bei Umfragen jederzeit bestätigt erhalten, denn es gibt kaum jemanden, der mit ROI Gründel noch keine schlechten Erfahrungen gemacht hat.

Spartakus/DKP steigt „groß“ ein

Die derzeit dahinvegetierenden, fossilierten SHB- und LSD-Vorstände trafen sich vor sechs Wochen mit einer Gruppe winkeladvokatiger Wirtschaftsakrobaten, um die Rekonstruktion des VDS zu organisieren. Das Ergebnis dieser an Finanzproblemen fixierten „radikalen Revolutionäre“ trat gleich zweimal auf: lieferte die damalige Versammlung ein sehr anschauliches Beispiel dafür, wie inhaltsleere Begriffe wie Information und Kommunikation in einem solchen formalisierten Apparat VDS verwirklicht werden, so versuchten Cliquen wie SHB und Spartakus am vergangenen Wochenende in Hamburg, eine Bilanz des im vergangenen Jahr vom SDS „zugrunde gewirtschafteten“ Verbandes zu erstellen und den Beitragsfluß wieder in Gang zu setzen.

Was war geschehen?

In einer gemeinsamen Erklärung der Bundesvorstände des SDS und des VDS wurde die Liquidierung des VDS gefordert, dessen Vorstand von Beginn seiner Arbeit an durch die Überlagerung der politischen Arbeit mit den unklaren bündnispolitischen Ansprüchen einiger Genossen in eine defensive Rolle gedrängt war. Dabei erwies es sich, daß der Apparat der bürokratischen Institution VDS mit seiner den Ministerialbürokratien angeglichenen hierarchischen Arbeitsorganisation nicht nur den Vorstand, sondern schlechthin jede sozialistische Strategie permanent an der notwendigen politischen Reflexion in bezug auf die politische Funktion des VDS und seiner Kampforganisationen behinderte. Somit stellte die Übernahme des VDS durch den SDS sich als eine bürokratische Fiktion heraus. Der VDS und jede ähnliche Institution sind nun für den gegenwärtig notwendigen Prozeß der Organisation der sozialistischen Studenten im Hinblick auf die sich entwickelnden Klassenkämpfe nicht zu gebrauchen. Die in Hamburg versammelten verselbständigten Bürokraten und sozialdemokratischen Funktionäre stellen für den SDS keine Diskussionspartner mehr dar. **Deshalb zieht sich der SDS aus jeder Arbeit im VDS zurück.**

Der neue Notvorstand, der sich nach dem Auszug des SDS-Vorstandes mit nur 80 verbliebenen Delegierten von ursprünglich 250 Stimmen bildete, sieht seine Aufgabe in der Überprüfung der Frage, ob auf einer neuen Grundlage eine dauernde Fortführung des Verbandes möglich sei. **Die in der Studentenpolitik unbedeutenden, in Hamburg hingegen zahlreich versammelten DKP-Hochschulgruppen stiegen nun „groß“ ein:** in dem siebenköpfigen Kontrollrat hat die Spartakusgruppe eine Mehrheit von vier Stimmen. Michael Maercks aus Bonn, Mitglied des Kontrollrates, gehört dem Bundesvorstand der DKP an. Wohin diese sozialdemokratische Politik der fossilierten moskauhörigen Spartakisten im NEUEN VDS führen wird, läßt sich leicht vermuten, betrachtet man die bisher praktizierte Form DKPistischer Politik und das daraus entstandene Wahlergebnis bei der Bundestagswahl genauso wie bei der Landtagswahl in NRW vor einer Woche.

Jörg Reimann

(Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel ist kein Artikel der Redaktion.)

Dr. Seel und Wissenschaft

Fortsetzung von Seite 1

mittelalterlichen Sachliteratur ausgewiesen ist, bedeutet seine Tätigkeit eine entscheidende Bereicherung des Vorlesungsangebotes der Ruhr-Universität.“ Grosse weist auf die moralische Pflicht der Wiedergutmachung und obigen Beschluß des Institutes hin. Ein Modus möge gefunden werden, Wolf mit den Mitteln der zugesprochenen H2-Stelle zu besolden. Dekan Maurer befürwortet dieses Schreiben mit allem Nachdruck.

6. 11. 69: Die Unibürokratie schweigt noch immer. Über das Dekanat der Abteilung V ergeht eine Mahnung an Seel.

7. 11. 69: Die „Antwort“ darauf erhält Dr. Wolf prompt am folgenden Tage: Ein Brief des Kanzlers gesteht ihm im Tone der gnädigen Herablassung zu: „Unter der Voraussetzung, daß die Fakultät der Abteilung für Philologie Sie umhabilitiert, erkläre ich mich bereit, Sie über den 31. 12. 69 hinaus als Wissenschaftlichen Angestellten weiterzubeschäftigen.“ Ultimativ verlangt das Schreiben eine Unterzeichnung Wolfs entsprechend den Vorschriften des Bundesangestelltentarifvertrages (BAT) bis zum 10. 12. 69. De facto entspricht dieses völlig indiskutable Angebot außerdem der abrupten Kündigung zum 31. 12. 69. Am gleichen 7. 11. schließt der oben erwähnte ROI Lienkamp sich ein, und Wolf spricht mit dem Kanzler per Telefon. Dieser will nie etwas von einem Individualvertrag gehört haben; weiß auch nicht, wie ein solcher auszusehen habe. Wolf schildert ihm den Fall noch einmal, worauf der Kanzler die ganze Sache ans Kultusministerium weitergibt und bittet, den Brief „vorläufig liegen zu lassen“. Für Wolf ein weiterer Zeitverlust, denn er hat zu Angeboten anderer Hochschulen Entscheidungen zu fällen.

Hier schalten sich die Studenten der Germanistik ein. Eine Unterschriftensammlung unter den Hörern der beiden Hauptseminare und des Proseminars bringt circa 125 Namen zusammen. Die Studenten fordern ROI Lienkamp zu einer Stellungnahme auf, der nach langem Zögern ausweichend antwortet.

Die Fachschaft unterstützt mit Nachdruck die Bemühungen des Germanistischen Institutes und der Fakultät. Für den Privatdozenten, der auch schon seine Lehrveranstaltungen fürs SS 70 angekündigt hat, heißt es trotz allem: weiter warten.

Im neuen Hochschulgesetzentwurf des KuMi steht unter § 7: „Auf Verlangen des Hochschullehrers kann an Stelle des Beamtenverhältnisses ein vertragliches Dienstverhältnis begründet werden.“

Davon, daß der allmächtige Chef der Verwaltung mitten im Vorlesungsbetrieb Kündigungen an Dozenten auszusprechen hat, steht selbst in diesem Entwurf nichts.

Ist die Verwaltung für den Wissenschaftsbetrieb da — oder umgekehrt?

Brockmeyer

Fortsetzung von Seite 1

Der Betriebsratgedanke ist damit tot. Er ist nie über den embryonalen Zustand hinausgewachsen. Dank sofortiger Initiative der Geschäftsleitung.

Ist es Zufall, daß gerade die gewerkschaftlich organisierten Buchhändler entlassen wurden?

Ist es Zufall, daß der Geschäftsführer Fritze, der Kunden gegenüber die humanitären Seiten der Rosa Luxemburg zu loben pflegt, einen erkrankten Mitarbeiter wissen ließ: „Gehen Sie ruhig nach Hause, wir sehen uns sowieso nach einer gesunden Mannschaft um!“ und dieser Angestellte eine Woche darauf ein Kündigungsschreiben in Händen hielt?

Lehrlinge werden von diesem großartigen Geschäftsführer, der selbst wie ein Häscher durch die Buchreihen schleicht, darin trainiert, in jedem Studenten einen potentiellen Bücherdieb zu sehen.

Kommilitonen, könnt Ihr es dulden, daß in Eurem Buchladen so ein Psychoterror gepflegt wird?

Gehört eine Buchhandlung, die derart rabiat verfährt und so ein Betriebsklima züchtet, aufs Uniforum?

Es liegt in unseren Händen, diesem Zustand ein Ende zu setzen.

Allerdings kann diese Zeitung nicht zum notwendigen Boykott aufrufen, da das als „Geschäftsschädigung“ von Herrn Brockmeyer sofort eingeklagt werden könnte.

Franz Nagel

ORIGINAL-AMERIKANISCHER PFEIFENTABAK · WIRD IN DEUTSCHLAND HERGESTELLT · DURCH ZOLLERSPARNIS NUR 2.50 DM
RUM and MAPLE
● Gratispröbchen · PLANTA · Berlin 61

TRIUMPH - tippa
Kleinschreibmaschine
mit Garantie DM 149,—
+ MWST.
Werksvertretung:
Hoffmann & Co.
Bochum – Viktoriastraße 71
Ruf: 1 30 21 / 22

Contacta Institut
Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen und
Lebensmittel
in Ihrer
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Im Ausschank:
Coca Cola, Sprite eiskalt

Das Druckhaus
für
anspruchsvolle Kunden
Druckhaus
Schürmann & Klagges
Bochum
Hans-Böckler-Straße 12-16
Ruf 160 81 - 83

Sie bringen die Kultur . . .

. . . zu den Barbaren . . .

. . . und das ist der Dank!

Second Moratorium

oder: Die letzte Phase hat begonnen

Zwischen dem ersten großen Moratorium vom 15. Oktober (s. BSZ Nr. 50) und dem zweiten lag die Nixonrede vom 3. November. Darin fielen folgende Worte des Vorsitzenden Richard: „Ein überstürzter Rückzug wäre eine ungeheure Katastrophe für die Zukunft des Friedens. Es gibt keine große Nation, die ihre Alliierten verraten und ihre Freunde aufgeben könnte. Wenn die USA in Südvietnam besiegt und gedemütigt würden, würde das zweifellos zu einem Anwachsen des Übermuts gewisser Großmächte führen, die ihre Pläne zur Eroberung der Welt noch nicht aufgegeben haben. Dieser Funken würde überall die Gewaltsamkeit entzünden, wo unsere Garantie den Frieden erhält — im Nahen Osten, in Berlin (sic!) und sogar gegebenenfalls auf unserem amerikanischen Kontinent." Deshalb: „Die Nordvietnamesen (gemeint: der FNL) könnten keinen schlimmeren Irrtum begehen als zu glauben, erhöhte Gewaltsamkeit würde ihnen nützen. Wenn ich zu der Folgerung gelange, daß die erhöhte feindliche Aktivität die weiter in Vietnam stationierten amerikanischen Truppen bedrohen könnte (sic!), werde ich nicht zögern, energische und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um diese Situation zu bereinigen."

Soweit Richard Nixon. Ein Witzbold könnte meinen, diese „energischen und wirksamen Maßnahmen", um die Amerikaner der vom FNL ausgehenden Gefahr zu entziehen, könnten vielleicht im sofortigen Rückzug bestehen, weil es ja in Amerika keine „infiltrierten Nordvietnamesen" gibt — aber leider ist Nixon nicht der Mann, der Sinn für Humor, sei es auch schwarzen, hätte. Seine Rede bedeutet also nichts anderes als die schlichte Mitteilung, daß die USA noch immer an die Möglichkeit eines Sieges glauben und den Krieg mit aller Grausamkeit (B - 52 - Bombardements) **auf unbegrenzte Zeit fortzusetzen gedenken.** Nun hat man Nixon und Konsorten zwar wiederholt von marxistischer und auch nicht-marxistischer Seite dringend vor den Folgen einer wirtschaftlichen Krise größten Ausmaßes in der „freien Welt" gewarnt. Aber wer nicht hören will . . .

Die Oppositionsbewegung in den USA ihrerseits hat Nixon verstanden: deshalb war das zweite Moratorium nicht einfach eine Fortsetzung des ersten, sondern der **Beginn einer neuen Phase des Widerstands, der letzten Phase, in der alle Illusionen zerstoben sind.**

Zwar verlief der große Marsch gegen den Tod von Arlington zum Capitol noch ruhig: aber auch die Entschlossenheit dieser radikalisierten Quäker und Pazifisten, die 50 000 Schilder mit den Namen der Gefallenen trugen und sie schweigend in Holzsärgen am Capitol niederlegten, stellt eine wichtige Energie dar für den weiteren Kampf des amerikanischen Volkes, der im Rahmen einer breiten Einheitsfront geführt werden muß.

Aber auf der anderen Seite war bereits die Avantgarde dieser Bewegung auf dem Plan, als 5000 Jugendliche, vor allem Studenten, am 14. gegen die Botschaft der südvietnamesischen Lakaien marschierten. Wie hatte Nixon gesagt? „Es gibt keine große Nation, die ihre Alliierten verraten und ihre Freunde aufgeben könnte." Schon gar nicht, wenn diese Freunde notorische Halsabschneider und korrupt bis auf die Knochen sind. Also schützte man die Freunde mit 3500 Polizisten plus Nationalgarde. Die amerikanischen Studenten schützten sich wie ihre Pariser Kommilitonen durch Barrikaden gegen die Tränengasbomben und Rauchgranaten. Sie eroberten mehrere Polizeiwagen und steckten sie in Brand.

Eine Nacht lang kämpfte die tapfere amerikanische Jugend gegen diejenigen, die sich unter Tapferkeit nichts anderes mehr vorstellen können als die Öffnung des Bombenschachts einer B 52. Wenn eine Barrikade gefallen war, zog man sich zurück, um auf Seitenwegen wieder vorzustoßen. Derweil zitterten die südvietnamesischen „Freunde" in ihrer Botschaft: sie mußten glauben, es gäbe nun bereits „nordvietnamesische Infiltranten" in Washington!

Der Sturm auf die Lakaienbotschaft vom 14. November ist ein Musterbeispiel für das, was jetzt getan werden muß. Es geht nicht so weiter, daß die Nixon, Brandt, Wilson und Co. Krokodilstränen über die „tragischen Verwicklungen" in Vietnam weinen, daß aber niemand sie daran hindert, weiter zu „vietnamisieren", d. h. zu bombardieren, zu besetzen, zu pazifizieren, zu stabilisieren, „Entwicklungshilfe" zu leisten und ihre Freunde zu beschützen.

Es ist eine einfach nicht länger erträgliche Schande für unser Volk, daß die Regierung Brandt weiter die abscheuliche Thieu-Clique der „Freundschaft des deutschen Volkes versichern" kann. Das deutsche Volk will nicht die Freundschaft dieser Bande, die selbst von konservativen Vietnamesen wie dem General Minh als verbrecherisch angesehen wird. Das deutsche Volk will auch nicht, daß weiter eine „Entwicklungshilfe" gegeben wird, die durch die schmutzigen Finger dieser Bande geht, an denen wer weiß wieviel hängen bleibt.

Verjagen wir die korrupte Thieu-Bande von deutschem Boden!

Zwingen wir die Regierung Brandt zur Anerkennung der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams!

Straf-Versetzung

Ein Studienrat aus einer kleinen Stadt im Ruhrgebiet (Namen sind der Redaktion bekannt) wurde vor die Schulbehörde in Münster zitiert, wo ihm eröffnet wurde, daß sein „apo-haftes Benehmen" (so in der Personalakte) durch das Beamtenrecht (und Personalvertretungsgesetz) nicht gedeckt werde. Der Betroffene, der über diese Mitteilung völlig überrascht war, verlangte eine detaillierte Ausführung, was ihm denn konkret vorgeworfen werde. Er, der mit der APO oder anderen linksorientierten Gruppen absolut nichts zu tun hat und auch weit davon entfernt ist, dergleichen in seinem Geschichts- und Deutschunterricht zu berücksichtigen, konnte jedoch nur versteckte Drohungen vernehmen. Da Direktor und Lehrerkollegium des betreffenden Gymnasiums sein Benehmen untragbar für den Geist der Schule fänden, habe man ihn zur Bewährung an eine andere Schule versetzen müssen.

IG Metall entmündigt Jugend

Die IG Metall sucht sich gegen die Unruhe unter ihrer Jugend, die im Juni zum Protest von 9000 Lehrlingen gegen das neue Ausbildungsförderungsgesetz geführt hatte (vgl. BSZ Nr. 45), durch folgende vom Vorstand erlassene Richtlinien zu wehren:

1. sollen in Zukunft zu Schulungsseminaren nie mehr als 30 Jugendliche zugelassen werden;

2. müssen bei jeder Schulung Tonbänder laufen, die auf Verlangen der Gewerkschaftsbürokratie ausgeliefert werden müssen.

Betroffen sind neben der IG-Metall-Jugend, die durch diese Eingriffe entmündigt werden soll, auch die Studenten, die für geringes Entgelt bisher die Bildungsarbeit bei der IG Metall geleistet haben.

- EL FATAH -

Seit dem Exodus von 1948 ist El Fatah die erste wirkliche palästinensische Bewegung. Die palästinensische Bevölkerung, die in Jordanien Zuflucht fand, besitzt keine traditionelle Organisation.

Als Israel nach dem Suezkanalkrieg 1956 den Gazastreifen für mehrere Monate besetzt hielt, bildete sich dort der erste Kern der späteren Führung von El Fatah. Es handelte sich dabei vor allem um Studenten und Kleinbürger, die allmählich erkannten, daß sich die Palästinenser selbst ihrer Sache annehmen müssen.

Am Vorabend des 5. Juni 1967 gab es drei palästinensische Widerstandsorganisationen:

1. Die OLP (Organisation zur Befreiung Palästinas) mit ihrer Armee ALP, mit Schukeiri an der Spitze. Sie war 1964 von den arabischen Staaten gegründet worden und diente lange Zeit dazu, daß die palästinensische Frage von den arabischen Regimes unter Kontrolle gehalten wurde.
2. El Fatah.
3. „Helden der Rückkehr", die von den arabischen bürgerlichen Parteien gegründet wurde und später in der Volksfront zur Befreiung Palästinas aufging.

Bis El Fatah ihre heutige Gestalt als nationale palästinensische Bewegung annahm, die unabhängig von den arabischen Staaten den bewaffneten Kampf aufnahm, mußte sie sehr viele Hindernisse überwinden.

Die erste Operation fand am 1. Januar 1965 statt. Die bewaffnete Aktion wurde unter den erschwerten Bedingungen des Untergrundes ohne Unterstützung durch die Massen begonnen, von einem kleinen Kern ohne vorherige Mobilisation der palästinensischen Bevölkerung. Diese blieb daher auch passiv und wartete darauf, daß die arabischen Staaten, vor allem die VAR, ihnen eine Lösung ihres Problems bescheren würden.

El Fatah ist also zu diesem Zeitpunkt eine isolierte Bewegung, die beweisen will, daß die Palästinenser selbst kämpfen können und ohne die Kontrolle der arabischen Staaten auskommen, vor allem Jordaniens, das jeder Änderung des Status quo feindlich gegenüberstand. Die politische Arbeit in der Flüchtlingsbevölkerung hatte sich unter der Kontrolle der jordanischen Polizei als äußerst schwierig erwiesen.

Der kubanischen Terminologie folgend begann die palästinensische Widerstandsbewegung als „Focus", als Kern, der militärische Gewalt einsetzt, ohne die Massen, die man beeinflussen wollte, darauf vorzubereiten.

Während aber in Lateinamerika die Strategie des Focus sich im Rahmen des Klassenkampfes als undurchführbar erwiesen hatte, wurde der bewaffnete Zweig des palästinensischen Widerstandes auf Grund des militärischen Zusammenbruchs der arabischen Staaten zu einem wirksamen Instrument im Rahmen einer nationalen Bewegung. Natürlich stand diese Strategie nicht von vornherein fest, sie hat sich eher im Laufe der Ereignisse aufgedrängt, zweifellos auf Grund des Charakters der nationalen Bewegung, deren Kern El Fatah bildete. El Fatah brauchte zwei Jahre, um Kommandoaktionen zu unternehmen und sich in der regionalen Struktur als ein Element zu erweisen, das man nicht mehr übersehen kann.

Die Niederlage vom Juni 1967 brachte entscheidende Ergebnisse mit sich: die kleinbürgerlichen Regimes in Syrien, Irak und vor allem in der VAR erhielten den Todesstoß, sie verloren jegliche Massenbasis, da den Massen an Hand der Widersprüche zwischen Selbstverständnis und der Politik, die sie betrieben, klar wurde, daß diese Regimes nicht in der Lage sind, die Probleme der arabischen Befreiungsbewegung in einer positiven Richtung voranzutreiben geschweige zu lösen. Diese Regimes, die noch immer revolutionäre Phrasen dreschen, ohne eine entsprechende Politik zu machen, haben sich eindeutig überlebt, es ist nur mehr eine Frage der Zeit, bis diese Regimes von revolutionären Kräften gestürzt werden. Die innere Entwicklung im Nahen Osten und der Konflikt als Gesamtkomplex sprechen dafür.

ASTA und SDS organisieren am 24. November um 19.00 Uhr ein Seminar über Imperialismus und palästinensische Freiheitsbewegung (siehe Aushänge).

Heute ist El Fatah eine der größten Widerstandsorganisationen in Palästina, sie unterhält Basen in den besetzten Gebieten und Ausbildungslager in den arabischen Staaten. Ihre Kader sind politisch-militärisch geschult. El Fatah ist eine nationale Bewegung, ihre Mitglieder kommen aus verschiedenen Richtungen. Ihre Prinzipien lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

* die revolutionäre Gewalt ist der einzige Weg zur Befreiung des Heimatlandes;
* die revolutionäre Gewalt hat das Ziel, die zionistische Identität im gesamten besetzten Palästina zu zerstören, sowohl in ihrer politischen wie ökonomischen und militärischen Form;
* die revolutionäre Aktion darf von keiner Partei, von keinem Staat kontrolliert werden;
* die revolutionäre Aktion wird von langer Dauer sein;
* die Revolution ist ihrem Ursprung nach palästinensisch, ihrer Entwicklung nach arabisch.

Ohne Zweifel ist das größte Verdienst der El Fatah die Wiedergewinnung der palästinensischen nationalen Identität. Überall, wo es Flüchtlinge gibt, sind regionale Komitees eingerichtet worden. Jede Region bildet eine organisatorische Einheit: ein politisches Büro, ein Informationsbüro, ein militärisches Büro. An der Basis Zellen: je Lager für die Flüchtlinge, je Universität für die Studenten, je Fabrik für die Arbeiter.

Die Verbindung mit regionalen Büros erfolgt über Flüchtlingskomitees, die für eine bestimmte Zone und für ihr Lager verantwortlich sind, über Studentenkomitees für palästinensische Studenten, über Arbeiterkomitees für Arbeiter der Fabriken einer Region. Im Zentralkomitee sind alle regionalen Komitees zusammengefaßt; das politische Büro bildet die Exekutive. Hinzu kommen die zahlreichen Krankenhäuser, die von palästinensischen Ärzten betreut und geleitet werden, ferner die Berufsausbildungsstätten für männliche und weibliche Jugend. Eine sehr wichtige Einrichtung sind die „Achbal" (junge Tiger). Jugendliche zwischen 10 und 14 Jahren, die aus den Elendsquartieren ihrer Väter herausgeholt werden.

El Fatah hat zwei Lager geschaffen, um die heranwachsende Jugend politisch und militärisch zu schulen. Dennoch geriet El Fatah ins Kreuzfeuer der Kritik einiger arabischer Intellektueller, deren Kritik nicht einfach als Phrasendrescherei und intellektueller Genuß abzutun ist, sondern aus der Sorge um die junge revolutionäre hoffnungsvolle Entwicklung spricht.

Zwar ist El Fatah eine revolutionäre Befreiungsbewegung, aber sie hat ihren sozialen Inhalt noch zu wenig programmatisch gefaßt. Die bisherigen Revolutionen waren nur erfolgreich, weil sie eine Paarung von Kampfbereitschaft und theoretischer Auseinandersetzung waren; d. h. die Theorie muß sich in der Praxis verwirklichen und umgekehrt. Es reicht nicht aus, nur zu kämpfen, um die Heimat zu befreien; man muß sich auch darüber im klaren sein, von welchen Faktoren die Befreiung abhängt, man muß den Feind in seinem gesamten Aufbau kennengelernt haben und sich mit seiner Ideologie und seinen internationalen Verflechtungen auseinandersetzen. El Fatah hat bisher noch keine feste Ideologie. Die Entwicklung wird noch dazu führen, daß sich die Bildung einer Ideologie als notwendig erweist. Man muß lernen auch aus Revolutionen, die die Interessen der lohnabhängigen Massen nicht unmittelbar wahrnahmen (wie z. B. in Algerien).

Ein weiterer Vorwurf richtet sich auf die Zusammensetzung der Führung der El Fatah: sie sei aus konservativen und rechtsgerichteten Kräften zusammengesetzt, die sich möglicherweise der Revolution nur bedienen, solange ihre Interessen es ihnen gestatten. El Fatah habe bisher zu den arabischen Staaten keine eindeutige Haltung eingenommen. Da diese El Fatah noch unterstützen, erscheint es als denkbar, solange die Führung sich so zusammensetzt, daß die Bewegung von den arabischen Regimes integriert wird und ohne ihr Wissen zu einem stabilisierenden Faktor für diese Regimes wird.

Personal-„Politik" . . .

Fortsetzung von Seite 1

tionskosten in den Tageszeitungen belastet wird, obwohl eine nicht unerhebliche Anzahl von Stellenangeboten per Inserat überflüssig wäre, wenn er die vorliegenden Bewerbungen unverzüglich an die interessierten Institute weiterleiten würde.

In diesem Zusammenhang wird empfohlen, den Leitzordner im Dienstzimmer des ROI Gründel zu prüfen, in dem eine beachtliche Anzahl von Bewerbungen mit Kopien von Ablehnungsschreiben mit der Begründung, es seien z. Z. keine Stellen frei, abgeheftet sind.

Es handelt sich nach unseren Informationen u. a. um

Maschinenmeister,
Elektromeister,
Elektrotechniker,
Fotografinnen,
Schreiner.

Ob diese Bewerber allerdings jetzt noch interessiert sind, muß fraglich bleiben.

Da ROI Gründel als Verwaltungsbeamter offenbar die Bedürfnisse des naturwissenschaftlich-technischen Bereichs der RUB nicht abschätzen kann, sollte er umgehend von der Verantwortung für diese Dinge befreit werden.

ROI Gründel beherrscht die „Kunst" der Reduzierung aller Personalangelegenheiten auf haushaltsrechtliche Vorgänge bis zur Perfektion, ohne dabei die Tatsache zu berücksichtigen, daß die Tätigkeit in einer Universität auch an den nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter besondere Anforderungen stellt.

Dies erscheint als ein typischer Fall von Wahrnehmungsverweigerung, was die Forderung nach personellen Konsequenzen noch erhärtet.

Es bleibt abzuwarten, was noch geschehen muß, bis etwas geschieht.

Ein Autorenkollektiv

Unsere Veröffentlichungen zur Personalpolitik der Ruhr-Universität werden fortgesetzt.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Nicht nur für Männer!
Für alle Kenner
FIEGE PILS

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!
Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an:
EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a

IMMER wenn's um Geld geht...
SPARKASSE
In Querenburg direkt in der Nähe der Uni
Im Westenfeld 22 Tel.: 511015

ADOLF LOEWE
Büromaschinen · Möbel · Organisation
Bochum · Kortumstraße 95 · Ruf 1 60 41

US VERKAUF
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop
Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee
H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 66939

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla

Spielplan für die Zeit vom 20. November bis 7. Dezember 1969
ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN

SCHAUSPIELHAUS			KAMMERSPIELE	
20.00	ONKEL WANJA von Tschechow	Do. 20. 11.	20.00	1. Konzert Musica viva
20.00	LEBEN UND TOD RICHARDS DES ZWEITEN von Shakespeare; Premiere	Fr. 21. 11.		Keine Vorstellung
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Sa. 22. 11.		Keine Vorstellung
20.00	LEBEN UND TOD RICHARDS DES ZWEITEN von Shakespeare	So. 23. 11.	20.00	ALLES IM GARTEN von Albee
20.00	BLUTHOCHZEIT (G) von Fortner	Mo. 24. 11.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Di. 25. 11.		Keine Vorstellung
20.00	DER KAFFEEHAUS-POLITIKER von Fielding	Mi. 26. 11.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
	Keine Vorstellung	Do. 27. 11.	20.00	ALLES IM GARTEN von Albee
20.00	DIE HOCHZEIT DES FIGARO (G) von Mozart	Fr. 28. 11.		Keine Vorstellung
20.00	DIE HOCHZEIT DES FIGARO (G) von Mozart	Sa. 29. 11.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
16.00	ROTKÄPPCHEN von Grimm	So. 30. 11.		Keine Vorstellung
20.00	LEBEN UND TOD RICHARDS DES ZWEITEN von Shakespeare	Mo. 1. 12.		Keine Vorstellung
20.00	MY FAIR LADY (G) von Loewe	Di. 2. 12.		Keine Vorstellung
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Mi. 3. 12.		Keine Vorstellung
15.00	ROTKÄPPCHEN von Grimm	Do. 4. 12.		
20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal		20.00	4. KAMMERKONZERT
20.00	LEBEN UND TOD RICHARDS DES ZWEITEN von Shakespeare	Fr. 5. 12.		Keine Vorstellung
20.00	MY FAIR LADY (G) von Loewe	Sa. 6. 12.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
15.00	ROTKÄPPCHEN von Grimm	So. 7. 12.		
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim			Keine Vorstellung

g. V. = geschlossene Vorstellung
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier
Karten für Studierende 50 % ermäßigt. Anrechtscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).

Politische Prozesse

Hamburg

Der wegen erwiesener „Rädelsführerei" zu 21 Monaten Gefängnis verurteilte Arbeiter Günter Schmiedel ist am letzten Freitag nach knapp zehnmonatiger Haft freigelassen worden. Die 10. Strafkammer des Hamburger Landgerichts befand, nachdem drei Haftbeschwerden vorausgegangen waren, daß keine Fluchtgefahr mehr bestehe, somit Schmiedel zu entlassen sei.

Daß dieser formaljuristische Akt in Wahrheit politisch motiviert war, wird deutlich, wenn man folgende Fakten zur Kenntnis nimmt, die auf einer Pressekonferenz am Freitagmorgen (laut FR wurde Schmiedel nachmittags entlassen) vom SDS-Genossen K-H Roth veröffentlicht wurden.

Roth teilte mit, er habe Anzeige wegen Meineids gegen den Hamburger Polizeimeister Burmeister erstattet, der als Hauptbelastungszeuge gegen Schmiedel ausgesagt und ihn als „Rädelsführer" der Demonstranten vom 31. Januar dieses Jahres „entlarvt" hatte. Schmiedel bekam daraufhin nur für die Teilnahme an dieser Demonstration eine Haftstrafe von 12 Monaten. Roth benannte mehrere Zeugen, nach deren Aussage Burmeister weder bei noch in unmittelbarer Nähe der Demonstranten sich aufgehalten hatte, er also aller Wahrscheinlichkeit nach über Demonstrationsverlauf und -teilnehmer lediglich unterrichtet worden sei. Für die Tatsache, daß Burmeister „fremde Aussagen als eigene ausgegeben" habe, spreche ferner die eidesstattliche Erklärung einer Studentin, nach der der Psychologiestudent und ehem. SDS-Angehörige Uwe Mallin sich ihr gegenüber gerühmt hatte, die Verhaftung Schmiedels veranlaßt zu haben, außerdem sei Mallin, der nachweislich an der Demonstration teilgenommen hatte, mittlerweile als Polizeiinformant überführt worden. Ferner solle erreicht werden, daß in einem eventuellen Wiederaufnahmeverfahren Mallin als Zeuge der Polizei vernommen wird.

Nach der bisher von der Klassenjustiz so erfolgreich praktizierten Strategie, Polizeibeamte mit beschränktem Erinnerungsvermögen als Kronzeugen der Anklage aufmarschieren zu lassen, scheint sich also eine neue Variante abzuzeichnen: Beamte, des Protokollesens und Denunziantenanhörens fähig, sind potentielle Augenzeugen, somit für die judikative Repression wie geschaffen, brauchbar.

Frankfurt

Im Senghor-Prozeß gegen Amendt, Krahl, Wolff u. a., der die Demonstration an der Paulskirche am 22. September vergangenen Jahres verhandelt, wurde der Staatsanwalt W. Uchmann aus Waldshut als Zeuge der Anklage geladen.

Die Geschichte dieser Zeugenladung entpuppt sich bei näherer Betrachtung als eine weitere schäbige Marionettenklamotte auf den schmierigen Brettern, die die Welt einer NS-verseuchten Klassenjustiz bedeuten.

Die Fabel: Ein im politischen Dezernat der Frankfurter Staatsanwaltschaft arbeitender Jurist, W. Uchmann, bezieht, auf höhere Weisung hin, einen Beobachtungsposten an der Paulskirche. („Ich bin zu der Demonstration gegangen, weil ich mir ein objektives Bild verschaffen wollte, sowohl vom Verhalten der Demonstranten als auch von den Sicherheitsmaßnahmen der Polizei." Aussage des Zeugen Uchmann, der ausgesandt ward vom Staate, objektiv ...) Er erfüllt seine Aufgabe, indem er ausgiebig und objektiv das Verhalten der Demonstranten, vor allem das von Krahl, Wolff und Amendt, beobachtete. (Diese Beobachtungen teilte er auch dem Gericht mit, seine Wahrnehmungen faßte Uchmann erst nach mehreren Rückfragen pauschal in einem Satz zusammen, der Zeugnis ist für geschulte unbestechliche Beobachtungsgabe: „Ich hatte den Eindruck, daß die Polizei sich ausgesprochen zurückhaltend verhielt.") Dafür, daß Uchmann so gut beobachtet hat, wird er mit Ermittlungen gegen Demonstrationsteilnehmer beauftragt. Daß er sich dabei ausschließlich mit den Demonstranten Krahl, Wolff und Amendt befassen muß, ist glaubwürdiger Zufall. (Schließlich hatte er während der Demonstration nur ein einziges Mal den ihm zugewiesenen Posten des objektiven Beobachters verlassen, um einen Studenten, und zwar einen gewissen Jürgen Krahl, festzunehmen. Uchmann: „Ich habe Herrn Krahl angesprochen und ihn gefragt, ob er mit mir kommen würde." Zwischenruf aus dem im Gerichtssaal anwesenden Publikum: „Zur Unzucht?" Heiterkeit. Uchmann: „Ich sah mich zu einer vorläufigen Festnahme veranlaßt. Das scheiterte jedoch daran, daß einige Genossen von Herrn Krahl mir den Angeklagten entrissen.") Uchmann ermittelt also gegen die drei Obengenannten, d. h. er verhörte PoPos, Oberwachtmeister, Omas und ähnlich glaubwürdige Zeugen. Wie weit seine vor dem Gericht geschilderten Beobachtungen der polizeilichen Aktivität dadurch ihre brilliante Prägnanz bekamen, ist nicht bekannt. Nach Abschluß der Ermittlungen für die anklagende Staatsanwaltschaft schied Herr Uchmann aus dem politischen Dezernat, um sich der Aufgabe eines Staatsanwaltes in Waldshut zu widmen. Als das Verfahren gegen die von ihm mitermittelten Angeklagten eröffnet wurde, bestellten die Frankfurter Rechtspfleger ihren ehemaligen Kollegen Vorermittler als Zeugen der Anklage, denn schließlich war er ja objektiver, durch Prozeßvorbereitung und Verlauf unbeeinflußter Augenzeuge, zudem, da hoher Staatsdiener, absolut glaubwürdig. So gab denn Zeuge Uchmann außer den schon genannten, noch folgende klar formulierte, für die Beweisführung hervorragend geeignete Aussage zu Protokoll, daß nämlich der Angeklagte Krahl aus einem Lautsprecherwagen heraus „Anweisungen, Empfehlungen, Kommandos oder wie man es auch immer nennen will" gegeben habe.

Ja, Staatsanwälte können formulieren oder wie man es auch immer nennen will. Noch so ein paar Zeugen, z. B. Polizeipräsidenten, Bischöfe, Generäle, Kretins oder wie man es auch immer nennen will, und die politische Justiz kann ein weiteres unerschütterliches Urteil fällen, auf dem Boden „unserer" freiheitlich-demokratischen Grundordnung — oder wie man es auch immer nennen will ...

SELBSTKRITIK

Inhaltlich muß schärfstens Kritik geübt werden an unserem Beitrag über Ernst Fischer (BSZ Nr. 51), der diesen gar arg zerzauste, den Revisionisten hingegen, mit denen er sich herumzuschlagen hat, kaum wehtat, ja im Gegenteil sogar verteidigte. Da diese Kritik von keinem unserer Leser schriftlich formuliert worden ist — wohl weil kaum einer den Artikel zu Ende gelesen hat oder, wenn doch, nicht gewußt haben dürfte, worauf wir hinauswollten —, müssen wir selbst uns der Kritik an uns befleißigen.

Stutzig machte uns besonders das Angebot eines Spartakus-Mitgliedes, jenen Artikel in leicht modifizierter Form (unsere Anführungszeichen betreffend) in „elan" abdrucken zu lassen, einem Jugendorgan der SDAJ, soweit diese auf die DKP hört. Daraufhin nahmen wir unser Elaborat erneut unter die Lupe und fanden, daß es genau auf das hinausläuft, wogegen es sich wandte: Revisionismus. Das soll im folgenden an Beispielen verdeutlicht werden.

So hatten wir uns auf das DKP-Gewäsch eingelassen, welches Fischer belastet, indem es die KPÖ und ihre Stellung zum Einmarsch in die CSR reinwäscht. Wir hatten dartun wollen, daß Fischer zwar mit seinem Vorwurf des Panzer-„kommunismus" („brüderliche Hilfe" ließ ihn nur an Panzer denken) einen Finger auf die Wunden des revisionistischen Lagers gelegt hat, daß das aber mit Kritik am Sozialismus herzlich wenig zu tun hat, da weder die Dubcek- noch die Breschnjewclique etwas mit Sozialismus zu tun hat.

Wir hätten, statt Fischer bloß zu zitieren (und zwar in einer Weise, die seine Kritik apriori ablehnt), seine Tatsachenfeststellung mit albanischen oder chinesischen Stellungnahmen zum Thema CSR vergleichen müssen, um unseren Lesern klarzumachen, daß weder der reformistische Kurs in Prag vor dem Einmarsch noch der Einmarsch und die daran sich anschließende Politik der Marionetten Moskaus etwas mit Sozialismus zu tun haben.

So ist Kafka im revisionistischen Lager verpönt, nicht etwa, weil er dort ideologisch längst überwunden wäre, sondern im Gegenteil, weil sich die revisionistische Ideologie angesichts einer ihr entsprechenden Praxis vor Kafkas Entfremdungsgleichnissen nur blamieren würde: das revisionistische Lager repräsentiert eben nicht bereits jene höhere Gesellschaftsstufe, in der Kafkas Formulierungen nichts mehr zu sagen hätten, sondern ganz im Gegenteil trägt seine Existenz und deren Verwechslung mit Sozialismus in den Köpfen nicht nur bürgerlicher Intellektueller dazu bei, daß Fischer und Goldstücker zu ihren resignierenden Thesen kommen können, resignierend, weil sie die von ihnen im Sozialismus erhoffte Humanisierung der Gesellschaft im revisionistischen Lager vermissen, das sie für sozialistisch halten.

Ihr metaphysisches Mißverständnis begründet sich aus dem Glauben, daß das, was sie für die kapitalistische (und revisionistische) Gesellschaft feststellen, auch in der sozialistischen nicht aufgehoben sei: aus der historischen Kategorie Entfremdung, die von kapitalistisch-arbeitsteiliger Ausbeutung nicht zu trennen ist, und daher auch im revisionistischen Lager keineswegs beseitigt ist, sondern sogar noch ausgedehnt wird (nur ging die CSR den sowjetischen Imperialisten dabei etwas zu schnell voran), machen diese Literaturhistoriker — in Anlehnung an Kafka — eine Naturkonstante, deren Ursachen im menschlichen Wesen selbst vorgegeben seien. Das aber ist schlichtweg religiös und gemahnt an die scholastische Erbsündenlehre, hat mit Marxismus nichts zu tun. Fischer weiß denn auch nichts anderes, als — wie weiland Hermann Kasack — ins Unbekannte zu gehen ...

Unklarheiten und Opportunismus in dieser Frage führen ja dann auch zu Entgegenkommen führender Revisionisten gegenüber katholischen Kirchenfürsten, die ihre Gläubigen ebenso hinters Licht führen wie die Revisionisten die von ihnen unterdrückte, ja ausgebeutete Arbeiterklasse.

Während Fischers Ausschluß aus der KPÖ von der DKP gutgeheißen wird, wird von ihr ebenso gutgeheißen, daß Garaudy und Aragon Ansichten von denen Fischers in der KPF bleiben, obgleich deren kaum zu unterscheiden sind. Nur haben sie sich den Herren in Moskau, auf die die SED-Revisionisten und in ihrem Gefolge die DKPisten lauschen, noch nicht so unbeliebt gemacht.

Auch jene Konvergenztheorie der Kennedy-braintrust-Mitglieder Galbraith und Brzezinski, wonach die Auswahl der Eliten in UdSSR und USA einander immer mehr gleichen, somit ein gesellschaftlicher Unterschied zwischen beiden Systemen immer weniger spürbar ist, hat durchaus ihre Berechtigung, und Fischer stützt sich insofern nicht unberechtigt darauf: Kennedys Absichten gegenüber der sowjetischen „Machtelite" waren in der Tat friedlich und führten zur Kooperation von UdSSR und USA: eine solche Friedlichkeit aber ist gleichbedeutend mit der brutalen Unterdrückung aller Völker der Welt, auch des amerikanischen und sowjetischen, zugunsten der Bourgeoisie in USA und UdSSR:

Menschenhandel mit FIAT

Eine Sowjetunion, die Fiat gestattet, in Togliattigrad mit Hilfe russischer Arbeitskräfte Profite zu machen und den Arbeitsstil ganz den kapitalistischen Zwecken des Konzerns unterzuordnen, unterscheidet sich nicht mehr von einem kapitalistischen Land. Eine Sowjetunion, die an reaktionäre Militärregimes in der Dritten Welt Waffen zur Bekämpfung proletarischer Aufständischer verhökert, hat den Sozialismus für ein Linsengericht verschachert.

Auch Bochums Spartakus müßte bereits hinreichend belehrt sein über den Revisionismus dieser Clique und ihrer DKP-Satrapie: wie weiland ihr Buch über China zu viel des Lobes enthielt, als daß es hätte erscheinen dürfen — „Experten" wie Polikeit haben in dieser Frage offenbar mehr zu sagen —, so wurde auch ihrem Manuskript über den Titoismus ein Verdikt zuteil: hatten sie durchaus zutreffend Jugoslawiens innenpolitische Mängel charakterisiert, so war solches der DKP plötzlich nicht mehr opportun, als Tito jüngst seinen außenpolitischen Kurs zugunsten der ihm ja auch innenpolitisch nahegekommenen Breschnjewclique änderte.

Gilt auch der Schah von Persien als „fortschrittlich" und darf gegen seine Einladung nach Moskau dort kein Protest artikuliert werden, weil der Schah sonst westliche Märkte besser mit Erdöl versorgen könnte als russische? Die Orientierung am Markt im Stil klassischer Großmachtpolitik hat augenscheinlich mit Kapitalismus gar nichts zu tun!

Ein letztes: unser Artikel hat es auch versäumt, eine Perspektive zu geben, etwa darauf hinzuweisen, daß nicht alle, die der KPÖ angehörten, zu Revisionisten geworden sind. Freilich sehen die Kommunisten in der KPÖ keine Wirkungsmöglichkeit mehr (Fischer hat durchaus zutreffend diese Partei als absterbend charakterisiert), sondern bemühen sich um den Aufbau einer neuen Partei (MLPÖ), deren Zentralorgan „Rote Fahne" eine marxistisch-leninistische Linie verficht, während die „Volksstimme" der KPÖ sich mit pseudoproletarischem Geschimpfe den rückständigen Teilen der Arbeiterschaft anzubiedern trachtet, statt als eine wirkliche Volksstimme die Massen aufzuklären; immerhin steht da — im Gegensatz zur UZ, dem Zentralorgan (!) der DKP — noch ansatzweise Klassenkämpferisches drin.

Wir haben also das Gewicht zu sehr auf den „Renegaten" Fischer, zu wenig auf den „Rebell" Fischer gelegt.

Ruhruniversität Bochum
Der Rektor 5. 11. 69

An den Vorstand der Studentenschaft z. Hd. Herrn Starostik

Sehr geehrter Herr Starostik!

Aus der Presse habe ich entnehmen können, daß beim AStA unserer Universität eine Dokumentation über Berufungsverfahren in der Abteilung für Sozialwissenschaft erhältlich ist. In dieser Dokumentation sind in einem Anhang Fotokopien von Schriftstücken aufgeführt, die Personalangelegenheiten betreffen, insbesondere Gutachten zu Besetzungsvorschlägen, die nach der Aussage unserer neuen Verfassung und den Beratungen zu ihr als vertraulich gelten. Die Vertreter der Studentenschaft haben diese Regelungen zur Vertraulichkeit von Personalangelegenheiten bei den Verfassungsberatungen zugestimmt. Ich bedaure deshalb sehr, daß der Vorstand der Studentenschaft unserer Universität offensichtlich Unterstützung bei dem Vertrieb solcher vertraulicher Schriftstücke, die Personalangelegenheiten betreffen, leistet. Die Ruhr-Universität hat im Rahmen ihrer neuen Verfassung ausdrücklich die Beteiligung aller Gruppen auch im Rahmen der Berufungsverfahren vorgesehen und verfährt danach.

Ich darf Sie deshalb bitten, jede Unterstützung den Herausgebern der Dokumentation zu versagen. Gleichzeitig möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, daß ich zur Wiederherstellung der von allen Gruppen unserer Universität beschlossenen Regelungen unserer neuen Verfassung zur Vertraulichkeit von Personalangelegenheiten — einschließlich der Personalunterlagen — Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung zum Zwecke der Unterlassung des weiteren Vertriebs der Personalunterlagen gestellt habe.

Ich würde es sehr bedauern, wenn die Einhaltung unserer Verfassung in Zukunft nur in dieser Weise verwirklicht werden könnte.

Ich darf Sie bitten, mir zu bestätigen, daß Sie sich an die Regelungen unserer Verfassung halten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr
Hans Faillard

„Volks"schule

Von einer Volksschule in Bochum-Grumme werden bevorzugt die Kinder aus dem Bergmannsviertel an die in der Nähe gelegene Sonderschule weitergereicht. Die auf diese Weise diskriminierten Kinder reagieren entsprechend sauer darauf, machen, wenn sie vom Unterricht an der Sonderschule kommen, vor der „Volks"schule Lärm und verprügeln ihre vornehmeren ehemaligen Klassenkameraden. Das provozierte den Rektor besagter Schule vor einiger Zeit derart, daß er gegen die Sonderschüler die Polizei zu Hilfe rief. Eine liberaler denkende Lehrerin, die aus eigener Kenntnis wußte, daß die Zensurenvergabe nach der Klassenzugehörigkeit der Eltern erfolgt, warf dem Rektor deshalb Ungerechtigkeit vor. Folge: sie war für die Schule nicht mehr tragbar und wurde zwangsversetzt.

Olympia
Schreibmaschinen
Sonderangebote, Miete, Mietkauf
WYWIAS- Bochum - Südring 19

Bochumer Studenten Zeitung
Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität
Redaktion: Stefan Bock, Klaus Dillmann, Norbert Otte, Jörg Reimann
Zeichnungen: Krisch
Anzeigenleitung: Christine Schipplick
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum, Nr. 720 666; Westfalenbank AG, Bochum, Nr. 90 685 9
Auflage: 8000 Exemplare
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.